ECONSTOR

WWW.ECONSTOR.EU

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Callaghan, Helen; Hees, Alexandra

Working Paper

Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit: Der politische Diskurs um ausländische Unternehmensübernahmen in Großbritannien seit den 1950er-Jahren

MPIfG Discussion Paper, No. 13/14

Provided in Cooperation with:
Max Planck Institute for the Study of Societies

Suggested Citation: Callaghan, Helen; Hees, Alexandra (2013) : Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit: Der politische Diskurs um ausländische Unternehmensübernahmen in Großbritannien seit den 1950er-Jahren, MPIfG Discussion Paper, No. 13/14

This Version is available at:
http://hdl.handle.net/10419/82641

Nutzungsbedingungen:
Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter
→ http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:
The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at
→ http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES

MPIfG Discussion Paper 13/14

Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit

Der politische Diskurs um ausländische Unternehmensübernahmen in Großbritannien seit den 1950er-Jahren

Helen Callaghan und Alexandra Hees

MPIfG Discussion Paper

Helen Callaghan und Alexandra Hees
Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit: Der politische Diskurs um ausländische Unternehmensübernahmen in Großbritannien

MPIfG Discussion Paper 13/14
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
September 2013

MPIfG Discussion Paper
ISSN 0944-2073 (Print)
ISSN 1864-4325 (Internet)

© 2013 by the author(s)

Helen Callaghan is a research fellow at the Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne.
Alexandra Hees is a Masters student at the University of Freiburg.

callaghan@mpifg.de
hees@mpifg.de

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. The papers can be ordered from the institute for a small fee (hard copies) or downloaded free of charge (PDF).

Downloads
www.mpifg.de
Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0
Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de
info@mpifg.de

Abstract

Recent studies challenge the widespread practice of equating "economic nationalism" with protectionism, by showing that market liberalization is also frequently justified with reference to nationalist motives. We add that, conversely, advocates of protectionism increasingly advance market-liberalizing motives to legitimate their demands. The present article traces the conservative and liberal forms of economic nationalism, as well as the protectionist form of economic liberalism, through British parliamentary debates regarding foreign takeovers from 1956 onward. The observed discursive change illustrates a gradual change in values and thereby informs recent studies on mechanisms of capitalist development. Unlike both forms of economic nationalism, protectionist liberalism does not portray open markets as a means of promoting or undermining the national interest. Instead, open markets become an end in themselves that no longer requires justification and can even serve to legitimate protectionism.

Zusammenfassung

Jüngere Studien kritisieren die weitverbreitete Gleichsetzung von Wirtschaftsnationalismus und Protektionismus mit der Begründung, dass auch Marktliberalisierung oft mittels nationalistischer Motive gerechtfertigt wird. Wir ergänzen, dass spiegelbildlich dazu die Befürworter von Protektionismus zunehmend marktliberalisierende Motive anführen. Anhand britischer Parlamentsdebatten über Auslandsübernahmen seit 1956 dokumentiert der vorliegende Artikel die protektionistische und liberale Form von Wirtschaftsnationalismus sowie die protektionistische Form von Wirtschaftsliberalismus. Die zeitliche Entwicklung dieser drei Diskursstränge veranschaulicht einen graduellen Wertewandel und ergänzt damit neuere Studien zu Mechanismen kapitalistischer Dynamik um eine diskursive Dimension. Im Gegensatz zu beiden Formen von Wirtschaftsnationalismus wertet protektionistischer Liberalismus offene Märkte nicht als Mittel zur Förderung oder Schwächung des nationalen Interesses. Stattdessen werden offene Märkte zum Selbstzweck, der keiner Rechtfertigung mehr bedarf und sogar Protektionismus legitimieren kann.

Inhalt

1 Einleitung 1

2 Wirtschaftsnationalismus als sozialwissenschaftliches Konzept 3

3 Der politische Diskurs um ausländische Übernahmen in Großbritannien – quantitative und zeitliche Einordnung 4

4 Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit 8

Protektionistischer Wirtschaftsnationalismus im Diskurs um ausländische Übernahmen 8

Liberaler Wirtschaftsnationalismus im Diskurs um ausländische Übernahmen 15

Protektionistischer Wirtschaftsliberalismus im Diskurs um ausländische Übernahmen 17

5 Fazit 20

Literatur 23

Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit: Der politische Diskurs um ausländische Unternehmensübernahmen in Großbritannien seit den 1950er-Jahren

1 Einleitung

Das Spannungsverhältnis zwischen grenzüberschreitenden Märkten und territorial eingehegten politischen Wahlkreisen lässt sich am Beispiel politischer Reaktionen auf grenzüberschreitende Unternehmensübernahmen anschaulich nachzeichnen. Denn wenngleich die überwiegende Mehrheit ausländischer Übernahmen in den entwickelten Industrienationen gänzlich unbeachtet bleibt, provozieren Einzelfälle immer wieder teils massiven Protest und entsprechende staatliche Eingriffe (vgl. Callaghan 2012: 1).

Großbritannien hebt sich in Bezug auf Unternehmensübernahmen im Ländervergleich seit Langem durch sein auffällig passives Regierungsverhalten ab. Während andere Regierungen – wie etwa die französische – auch im neuen Jahrtausend noch neue Gesetze zum Schutz ihrer nationalen Industrie verabschieden, kennzeichnet die britische Industriepolitik der gesamten Nachkriegszeit eine positive Grundeinstellung gegenüber ausländischen Investitionen (vgl. Jones 1990; Sugden 1990; Capie/Wood/Sensenbrenner 2005). Hirst und Thomson bezeichnen Großbritannien als Sonderfall einer „over-internationalized economy in an under-globalized world" (Hirst/Thompson 2000: 335).

Wie wird diese auffällige Offenheit politisch legitimiert beziehungsweise angefochten? Gerade auch weil der britische Politik-Diskurs in anderen Bereichen – etwa zur europäischen Integration – durchaus von nationalistischer Rhetorik durchdrungen ist, lohnt sich die Betrachtung der diskursiven Rahmung ausländischer Übernahmen. Unser Fokus liegt dabei auf dem parlamentarischen Protestdiskurs, der bisher nicht umfassend untersucht wurde.[1] Die vorliegende Untersuchung von 124 Hansard-Dokumenten[2] aus dem Zeit-

Wir danken Thomas Fetzer und Thomas Paster für hilfreiche Kommentare.

1 Bisherige Studien beschäftigen sich entweder mit dem Mediendiskurs um einzelne Übernahmefälle (vgl. Halsall 2008; Hoare 1991) oder mit dem dominanten Regierungsdiskurs (vgl. Sugden 1990; Jones 1990).

2 Bei den untersuchten Dokumenten handelt es sich zum einen um Parlamentsdebatten aus dem Ober- und Unterhaus, zum anderen um schriftliche Anfragen der Abgeordneten an die verschiedenen Minister und deren Antworten. Als Ausgangsbasis zur Identifizierung relevanter Dokumente diente ein größeres, 1.331 Dokumente umfassendes Textkorpus aller Dokumente, die über den Suchbegriff „takeover+bid" in der Ergebnisliste der Hansard-Suchmaschine angezeigt werden. Die so herausgefilterten Dokumente wurden in einem nächsten Schritt nach den Begriffen „foreign" und „overseas" durchsucht, um Dokumente zu identifizieren, in denen speziell ausländische Übernahmeangebote angesprochen werden. Allerdings haben sich bei der Erstlektüre dieser Debatten die meisten dieser 642 Dokumente für die angestrebte Untersuchung nicht als relevant herausgestellt, da sich die Begriffe „foreign" und „overseas" auf andere

raum zwischen 1956 und 2011 zeigt, dass auch in Großbritannien der Konflikt zwischen offenen Märkten und territorial eingehegter Politik diskursiv präsent ist. Allerdings verändern sich mit der Zeit die diesbezüglichen Forderungen und Rechtfertigungsstrategien.

Zur systematischen Erfassung der diskursiven Entwicklung unterscheiden wir drei Argumentationsstränge, deren relative Gewichtung sich im Zeitverlauf verschiebt. *Klassisch-protektionistischer Wirtschaftsnationalismus* verliert im Protestdiskurs gegen Auslandsübernahmen schrittweise an Bedeutung. *Liberaler Wirtschaftsnationalismus* (vgl. Helleiner 2002; Helleiner/Pickel 2005), der nationalistische Motive anführt, um grenzüberschreitende Transaktionen zu rechtfertigen, ist im Regierungsdiskurs zur Verteidigung von Auslandsübernahmen durchgehend präsent. Darüber hinaus finden sich auch im Protestdiskurs zunehmend marktfreundliche Positionen, die wir als *protektionistischen Wirtschaftsliberalismus* bezeichnen. Dazu gehören Forderungen nach Aussetzung der Handelsfreiheit zum Schutz des Marktes oder als Druckmittel für seine Ausweitung.

Mit dieser Unterscheidung leisten wir einen Beitrag zur analytischen Schärfung des Konzepts Wirtschaftsnationalismus, der sich Politikwissenschaftler erst neuerlich angenommen haben (so etwa Crane 1998; Shulman 2000; Helleiner/Pickel 2005; Clift/Woll 2012). Entgegen der traditionellen Sichtweise, in der (Neo-)Liberalismus und Wirtschaftsnationalismus als Antagonisten im Feld der internationalen politischen Ökonomie auftreten, betonen Helleiner/Pickel, Clift/Woll und andere gerade deren Vereinbarkeit. Der vorliegende Aufsatz zeigt, dass Liberalismus und nationalstaatlicher Protektionismus sogar auf zweierlei Weise vereinbar sind. Liberale Motive können der Rechtfertigung von Handelsbeschränkungen ebenso dienen wie nationalistische Motive der Rechtfertigung von Marktöffnungsmaßnahmen.

Die wachsende Bedeutung des protektionistisch-liberalen Argumentationsstranges veranschaulicht einen graduellen Wertewandel und ergänzt damit neuere Studien zu den Mechanismen kapitalistischer Dynamik (etwa Deutschmann 2008; Streeck 2009; Callaghan 2013) um eine diskursive Dimension. Sozialkonstruktivistische Beiträge thematisieren unter der Perspektive sich wandelnder Paradigmen, Leitbilder und Diskurse vor allem für Großbritannien die Durchsetzung marktliberaler Motive seit Thatcher und deren Weiterführung oder Abwandlung durch New Labour (unter anderen Hall 1988; Phillips 1998; Fairclough 2000; Hay 2001; Schmidt 2001). Seit der Finanzkrise rücken verstärkt Finanzmarktnarrative ins Blickfeld der Forschung (zum Beispiel Morgan 2012; Froud et al. 2012; Kutter 2013). Allerdings geht es in den angeführten Beiträgen vorwiegend um Entwicklungen seit den späten 1970er-Jahren und, außer bei Morgan (2012), auch nicht konkret um das Spannungsverhältnis zwischen grenzüberschreitenden Märkten und nationaler Politik. Unser Korpus umfasst diesbezügliche Debatten im britischen Ober- und Unterhaus seit der ersten feindlichen Auslandsübernahme im Jahr 1956.

Sachverhalte (zum Beispiel „foreign minister", „foreign currency" etc.) beziehen und nicht in Verbindung zu Aussagen über Unternehmensübernahmen stehen. Diese nicht relevanten Dokumente wurden aussortiert, sodass ein Korpus von 124 Dokumenten entstanden ist.

Der Aufsatz ist wie folgt gegliedert: Abschnitt 2 fasst den Stand der Literatur zum Thema Wirtschaftsnationalismus zusammen. Abschnitt 3 verschafft einen Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung ausländischer Übernahmen in Großbritannien und gleicht diese mit der Präsenz des Themas im Parlament ab. In Abschnitt 4 werden drei Argumentationsstränge – protektionistisch-nationalistisch, liberal-nationalistisch und protektionistisch-liberal – der Reihe nach dokumentiert. Der Schlussteil umreißt mögliche Erklärungen für die beobachtete diskursive Entwicklung und endet mit Vorschlägen für weiterführende Forschung.

2 Wirtschaftsnationalismus als sozialwissenschaftliches Konzept

Während Wirtschaftsnationalismus lange als deckungsgleich mit Protektionismus konzipiert wurde, betonen jüngere Definitionen den nationalistischen Kern des Konzepts (vgl. Helleiner 2002: 309). Wirtschaftsnationalismus wird dabei primär als Anruf einer bestimmten nationalen Gemeinschaft verstanden. Der konkrete Inhalt der geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist unerheblich. Entscheidend ist stattdessen der Legitimierungsversuch durch Verweis auf nationalistische Motive.

Kennzeichnende Motive sind unter anderem die rhetorische Bezugnahme auf das nationale Interesse, auf bestimmte nationale Leistungen, identitätsstiftende kollektive Erfahrungen (zum Beispiel Kriege) oder gemeinsame kulturelle Werte – etwa eine „nationale Wirtschaftskultur“ (vgl. Pickel 2005: 9f.) oder einen bestimmten „nationalen Charakter“. Typisch sind auch die Beschwörung nationaler Überlegenheit, Einheit und Autonomie sowie der nationalen Macht und Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Helleiner 2002: 224).

Aus der konzeptionellen Trennung von Legitimationsgrundlage und politischem Inhalt ergeben sich vier mögliche Kombinationen. Diese sind in Abbildung 1 veranschaulicht.

Abbildung 1 Legitimationsgrundlage und politischer Inhalt: Mögliche Kombinationen

Politischer Inhalt \ Legitimationsgrundlage	*Nation*	*Marktprinzip*
protektionistisch	Protektionistischer Wirtschafts-nationalismus	Protektionistischer Wirtschafts-liberalismus
marktschaffend	Liberaler Wirtschafts-nationalismus	Liberaler Wirtschafts-liberalismus

Während die klassische Definition von Wirtschaftsnationalismus nationalistische Motive mit protektionistischen Maßnahmen verknüpft, verbinden sich im liberalen Wirtschaftsnationalismus nationalistische Motive mit marktschaffenden Maßnahmen. Im nachfolgend nicht weiter thematisierten liberalen Wirtschafts*liberalismus* werden marktschaffende Maßnahmen im Sinne der Freihandelstheorie mit Verweis auf den Selbstwert des Marktprinzips und seine positiven Auswirkungen auf das Wohl der Menschheit jenseits nationaler Grenzen gerechtfertigt.[3] Der von uns dokumentierte protektionistische Wirtschaftsliberalismus rechtfertigt *protektionistische* Maßnahmen mit Verweis auf deren langfristig marktschaffende Wirkung. Indem Marktoffenheit nicht mehr nur als Mittel zur Erreichung nationaler Ziele legitimiert beziehungsweise angefochten wird, sondern selbst als Legitimationsgrundlage dient, wird sie zum Selbstzweck, der keiner Rechtfertigung mehr bedarf.

Anhand der Debatten um ausländische Übernahmen in Großbritannien lassen sich die unterschiedlichen Diskursstränge gut veranschaulichen.

3 Der politische Diskurs um ausländische Übernahmen in Großbritannien – quantitative und zeitliche Einordnung

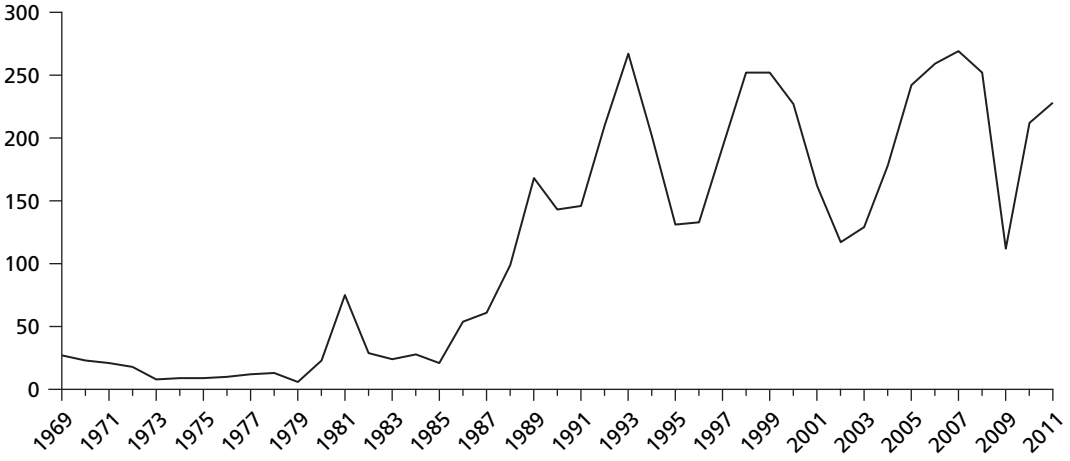
Unternehmensübernahmen – durch inländische wie eben auch ausländische Bieter – sind in Großbritannien weit üblicher als in anderen europäischen Ländern. Beispielsweise wechselten zwischen 1986 und 2005 3.368 britische Unternehmen in ausländischen Besitz. Im gleichen Zeitraum gab es in Frankreich und Deutschland 1.374 beziehungsweise 1.237 ausländische Übernahmen. Weltweit laufen nur die USA mit 6.218 ausländischen Übernahmen Großbritannien den Rang ab (vgl. van Marrewijk/Garita 2008: 9). Die ausgeprägte Übernahmeaktivität ist Ausdruck des auf Marktmechanismen basierenden Systems der Unternehmenskontrolle, das den angloamerikanischen Raum kennzeichnet (vgl. Jackson/Miyajima 2008: 186).

Trotz der insgesamt hohen Zahl an Übernahmen bleibt bei der Analyse zu bedenken, dass deren Zahl, und damit auch die Zahl der Debatten, von Jahr zu Jahr schwankt. Je mehr Übernahmeangebote tatsächlich vollzogen werden, desto ausgiebiger wird diskutiert. Die Zahl der Übernahmeangebote variiert wiederum mit der Wirtschaftslage (siehe Abbildung 2).[4] Während der gesamten 1970er-Jahre sowie während der Krisen

3 David Ricardo etwa verweist auf „the happiness of mankind" und „the universal society of nations through-out the civilized world" (Ricardo 1817: 132–134, zit. nach Helleiner 2002: 313).

4 Die Rekonstruktion lässt sich erst ab 1969 durchgehend realisieren, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass die in Abbildung 2 dargestellte Anzahl der Übernahmen in den Perioden von 1969 bis 1985 und von 1986 bis 2011 aufgrund unterschiedlicher Datenquellen nur in eingeschränkter Form miteinander vergleichbar ist. Während die Daten für die Periode 1969 bis 1985 dem Business Monitor MQ7 entnommen wurden, stammen die Zahlen ab 1986 aus den

Abbildung 2 Anzahl ausländischer Übernahmen von britischen Unternehmen, 1969–2011



Quellen: Daten für 1969–1985: Business Monitor MQ7, zitiert aus Cooke (1988: 384, Tabelle 12.4); Daten für 1986–2011: *Office for National Statistics Mergers and Acquisitions Surveys*, zitiert aus <www.econstats.com/uk/uk_am_____4a.htm>.

in den frühen 1990ern, frühen 2000ern und nach 2007 geht die Zahl der Auslandsübernahmen in Großbritannien jeweils deutlich zurück, um im Zuge des jeweils nachfolgenden Wirtschaftsaufschwunges wieder anzusteigen.

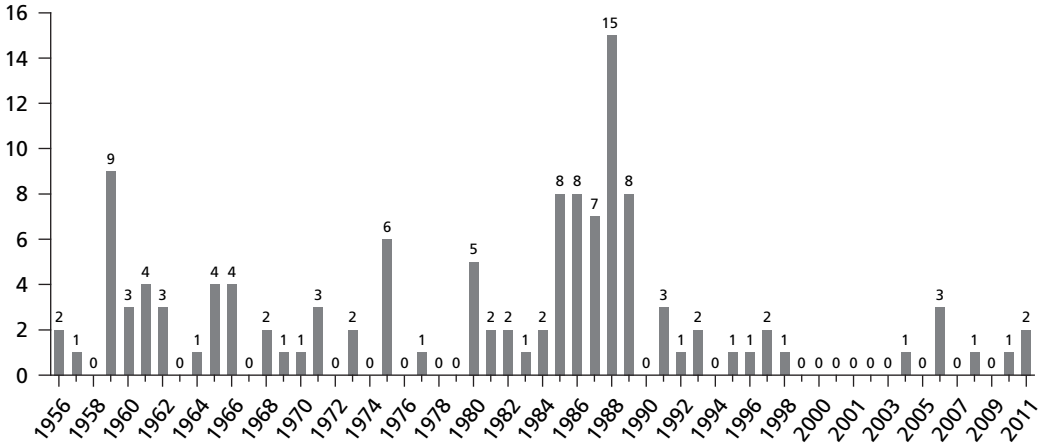
Auch die Parteizugehörigkeit der amtierenden Regierungen gilt es zu beachten. Der Protest gegen ausländische Übernahmen, dessen Wortführer durchgehend vorwiegend der Labour-Partei angehören, ist immer dann stärker, wenn die Regierungsverantwortung bei den Konservativen liegt (siehe Abbildung 4). Besonders nach den Labour-Wahlsiegen 1964 (Wilson) und 1997 (Blair) verliert der Protest – der in Oppositionszeiten von den späteren Premiers Wilson und Blair mitgetragen wurde – jeweils deutlich an Schärfe.[5]

An der Verteilung der relevanten Debatten (siehe Abbildung 3) ist dennoch erkennbar, dass das Thema „Auslandsübernahme" vor allem seit den 1980er-Jahren immer weniger Aufmerksamkeit erfährt – was angesichts der weiterhin starken Übernahme-

Mergers and Aquisitions Surveys des Office for National Statistics. Letztere beinhalten auch indirekte Übernahmen bestehender Gruppenunternehmen sowie Übernahmen im Finanz- und Bankensektor und fallen daher höher aus.

5 Zwar stärkt die neue Labour-Regierung durch den Monopolies and Mergers Act 1965 die „Monopolies and Mergers Commission" zur Begutachtung von Übernahmen und Fusionen, wobei davon natürlich auch ausländische Übernahmen betroffen sind, allerdings werden Anfragen, den amerikanischen Einfluss in der britischen Wirtschaft einzuschränken, weitestgehend abgelehnt. Finanzminister Callaghan (Labour) beruft sich dabei auf die nutzenbringenden ausländischen Investitionen, denen die Labour-Regierung der 1960er-Jahre positiv gegenüber eingestellt sei: „Our general policy is to welcome inward investment in this country by United States and other foreign countries. Cases involving the takeover of existing companies which by their size or their nature constitute a vital part of British industry are considered on their merits" (James Callaghan, Labour, Commons Hansard 12-07-1966, Sp. 1196).

Abbildung 3 Anzahl der Dokumente im Textkorpus pro Jahr, 1956–2011



Quelle: eigene Erhebung.

aktivität schon an sich auf eine zunehmend breite Akzeptanz hindeutet. Während es in den späten 1950er- und frühen 1960er-Jahren aufgrund der wachsenden Zahl amerikanischer Übernahmen im politischen Diskurs einigermaßen präsent ist, spielen in den 1970ern ausländische Übernahmen sowohl zahlenmäßig als auch im Parlament eine eher geringe Rolle. Die gesteigerte Aufmerksamkeit ab Mitte der 1980er-Jahre steht in Zusammenhang mit der Privatisierungswelle der Thatcher-Ära und der kontroversen feindlichen Übernahme des traditionsreichen Süßwarenherstellers Rowntree durch den Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé im Jahr 1988. In den 1990er-Jahren schafft es das Thema dann nur noch selten ins Parlament. Nach dem Erfolg der Labour-Partei bei den Wahlen 1997 wird es bis Mitte der 2000er-Jahre kaum noch debattiert. Im Jahr 2006 wird das Thema noch einmal aktuell, als die London Stock Exchange von der amerikanischen Elektronik-Börse NASDAQ übernommen werden soll. Nach dem Scheitern jenes Übernahmeversuchs verschwindet es von der Tagesordnung, bis im Jahr 2010 die Übernahme des bekannten englischen Süßwarenherstellers Cadbury durch den amerikanischen Lebensmittelkonzern Kraft erneut eine breite Diskussion auslöst.

Eine Stichwortsuche innerhalb der relevanten Debatten zeigt, dass britische Parlamentarier den Ausdruck „economic nationalism“ als Selbstbeschreibung durchgehend zurückweisen und ausschließlich zur Diffamierung des Protests gegen ausländische Übernahmen nutzen. Dabei wird der Ausdruck oft gemeinsam mit ebenso negativ konnotierten Begriffen wie „xenophobia“, „chauvinism“ oder „nationalism“ verwendet, die den Protest weiter herabwürdigen.[6]

6 Zum Beispiel: „To use two of the words which the Chancellor has just used, it is neither sentimental nor xenophobic. We feel that this take-over bid should not be the signal for an outburst either of anti-Americanism or economic nationalism“ (Harold Wilson, Labour, Commons Hansard 20-06-1956, Sp. 1445).

Abbildung 4 Parteizugehörigkeit der britischen Regierungen, 1956–2011

1955–57	Anthony Eden (Conservative)
1957–63	Harold Macmillan (Conservative)
1963–64	Alec Douglas-Home (Conservative)
1964–70	Harold Wilson (Labour)
1970–74	Edward Heath (Conservative)
1974–76	Harold Wilson (Labour)
1976–79	James Callaghan (Labour)
1979–90	Margaret Thatcher (Conservative)
1990–97	John Major (Conservative)
1997–07	Tony Blair (Labour)
2007–10	Gordon Brown (Labour)
2010–	David Cameron (Conservative)

Die explizite Zurückweisung des Labels als Selbstbeschreibung bedeutet jedoch nicht, dass nationalistische Argumentationsweisen im Diskurs keine Rolle spielen. Sowohl Befürworter als auch Gegner ausländischer Übernahmen verweisen häufig auf das nationale Interesse, um ihre jeweilige Position zu rechtfertigen. Insgesamt taucht der Ausdruck „national interest" im Korpus 376-mal (in 65 von 124 Dokumenten) auf.[7] Circa 82 Prozent der Aussagen können dem Protestdiskurs zugeordnet werden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Vorwürfe an die Regierung, mit dem Verzicht auf Intervention das nationale Interesse zu vernachlässigen. Befürworter ausländischer Übernahmen begründen ihren Standpunkt wesentlich seltener mit dem nationalen Interesse und artikulieren „nationales Interesse" und „freier Markt" teilweise sogar als Oppositionspaar, das gegeneinander abgewogen werden muss.[8] Einige finden das Konzept zu vage und lehnen es als wirtschaftspolitisches Entscheidungskriterium explizit ab. Es finden sich jedoch auch Argumente, die das nationale Interesse gerade durch eine liberale Übernahmeregulation vertreten sehen.[9]

Im Folgenden wird die diskursive Rahmung ausländischer Übernahmen in Großbritannien eingehender untersucht. Der Fokus liegt dabei auf der zeitlichen Entwicklung der unterschiedlichen Argumentationsstränge.

7 Die genauere Analyse der relevanten Abschnitte zeigt, dass sich der Begriff „national interest" in 72 Fällen auf Stellungnahmen für oder gegen ausländische Übernahmen beziehungsweise für oder gegen das offene Übernahmeregime Großbritanniens bezieht.

8 Zum Beispiel: Eric Forth, Conservative, Commons Hansard 19-02-1987, Sp. 1101.

9 Zum Beispiel: Francis Maude, Conservative, Commons Hansard 25-05-1988, Sp. 500.

4 Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit

Protektionistischer Wirtschaftsnationalismus im Diskurs um ausländische Übernahmen

Klassisch-protektionistischer Wirtschaftsnationalismus ist vor allem zu Beginn der politischen Auseinandersetzung präsent. In den späten 1950er- und den 1960er-Jahren richtet sich der Protest primär gegen den wachsenden Einfluss amerikanischer Unternehmen in der britischen Industrie. Bis in die späten 1960er hinein protestieren Labour-Politiker sowohl generell gegen die Kontrolle britischer Unternehmen aus den USA als auch speziell gegen aktuelle Übernahmefälle. Angesichts deren Vielzahl konstatiert Harold Wilson vorwurfsvoll:

> We have had Trinidad, British Timken, British Aluminium, S. G. Brown, where there was a very substantial American minority holding, and now Ford. We are bound to ask: where will this end? (Harold Wilson, Labour, Commons Hansard 21-11-1960, Sp. 833)

In einigen Fällen appelliert die Labour-Opposition in schriftlichen Anfragen (Written Questions) an die Regierungsvertreter:

> [C]an he do anything to stop that or prevent it, or have any control to see that this business operates as an English concern? (Reginald Paget, Labour, Commons Hansard 21-04-1959, Sp. 203 [Q&A])

Angesichts einer möglichen Übernahme der Standard Motor Company fragt der Labour-Abgeordnete Maurice Edelman, ob dem Finanzminister bewusst sei,

> that if this take-over bid and similar ones succeed, more than half the British motor industry will have fallen into North American hands? Does he consider that to be a good thing? (Maurice Edelman, Labour, Commons Hansard 30-4-1959, Sp. 1449 [Q&A])

Auch konservative Abgeordnete drängen mitunter auf Intervention zur Wahrung britischer Kontrolle. In einer Debatte zur Übernahme der Ford Motor Company Dagenham weist der konservative Abgeordnete James Lindsay darauf hin, dass „anxiety on this subject is not confined to any particular part of this House …“ (James Lindsay, Conservative, Commons Hansard 15-11-1960, Sp. 208). Lindsay bedauert die aktuelle Übernahmesituation und spricht sich mit Blick auf die Zukunft gegen die ausländische Kontrolle wichtiger britischer Industrieunternehmen aus:

> We should regard this as a jolt and a warning, and we should take what steps we can to prevent the major part of any other vital industry becoming foreign-controlled. For a nation to control the majority of its important industries is, surely, a basic principle of sovereignty. (James Lindsay, Conservative, Commons Hansard 21-11-1960, Sp. 843)

Der Anruf britisch-patriotischer Gefühle prägt in dieser Phase die Rhetorik des Protestdiskurses. So bezweifelt etwa Harold Wilson, dass die britische Ölindustrie von amerikanischen Fachkenntnissen profitieren könne:

> Are we going to get some new know-how from the American companies in the marketing, distribution and refining of petrol? Surely that is not possible. Recent advertisements are plastered all over the country with the slogan, 'It is British. It is best.' If that is true, I do not think it is possible for American know-how to improve upon it. (Harold Wilson, Labour, Commons Hansard 20-06-1959, Sp. 1448)

Lord Shepherd kritisiert die Praxis anonymer Übernahmeangebote durch Mittelsmänner mit Verweis auf die daraus resultierende Möglichkeit, eine implizit als inakzeptabel erachtete deutsche Käuferidentität zu verschleiern:

> Can we imagine what would be the view of our noble friend Lord Elibank if Herr Krupp were able to obtain control of Colville's through nominees, and were then able to have the use of British Government capital? (Lord Shepherd, Labour, Lords Hansard 12-03-1959, Sp. 1186)

Bildhaft äußert sich protektionistisch-nationalistische Rhetorik in Vergleichen zwischen dem Expansionsstreben amerikanischer Unternehmen und dem europäischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts. So argumentiert beispielsweise Tom Driberg hinsichtlich der zu erwartenden Konsequenzen eines Verkaufs der restlichen britischen Aktienanteile von British Ford:

> [W]e on this side of the House, who happen to be anti-imperialist, know that people who have an empire develop it and make it prosperous for their own profit and not for the welfare of the colonial territories in that empire, and that they do so very often by exploiting and impoverishing the natives. We do not want to be part of any empire, whether it is called the Ford empire or an empire of the old-fashioned political kind. (Tom Driberg, Labour, Commons Hansard 21-11-1960, Sp. 880)

Mit dem Verlust der Souveränität und Unabhängigkeit argumentiert auch der Abgeordnete für Dagenham John Parker, wenn er das Bild der Boston Tea Party – dem wohl bekanntesten Akt des Widerstands gegen die britische Kolonialmacht in den USA – heraufbeschwört:

> If the American Ford Company misuses the position which it will acquire as a result of this take-over bid to the detriment of Dagenham in regard to employment, there will be a Boston Tea Party in Dagenham and we shall throw the American interests into the Thames. We shall free Dagenham from colonial rule. (John Parker, Labour, Commons Hansard 21-11-1960, Sp. 859)

Ein zynischer Kommentar von Ian Rankin gebraucht gar das Schreckbild der Versklavung: „Britons never, never shall be slaves – except to the Yankee dollar" (Ian Rankin, Labour, Commons Hansard 09-04-1962, Sp. 1091).

Daneben offenbart sich protektionistisch-nationalistische Rhetorik im Protestdiskurs auch in den expliziten Appellen seitens Labour an dem aus ihrer Sicht mangelnden Patriotismus der konservativen Regierung.[10] Charakteristisch ist dabei die Artikulation

10 Zum Beispiel Harold Wilson, Labour, Commons Hansard 25-06-1959, Sp. 1451; Harold Wilson, Labour, Commons Hansard 23-03-1961, Sp. 597.

der Oppositionsbeziehung zwischen reinem Gewinnstreben und sozialer Verantwortung für die nationale Gemeinschaft, wie hier durch Wilson:

> Of course, the capitalist international knows no national frontiers. In the presence of a quick profit the patriotism of the Government melts like snow in the summer sun. It may or may not be anti-British, but it makes sense to them. […] Whichever it is, it is good for share values and, as one hon. Member opposite once said, 'Shareholders are the nation'. (Harold Wilson, Labour, Commons Hansard 29-06-1959, Sp. 36, 37)

In diesem Punkt überschneidet sich der Protest gegen ausländische Übernahmen mit dem Protest gegen die Shareholder-Orientierung, deren Propagierung Labour der konservativen Regierung vorwirft.

Während die oben angeführten Zitate die „Anti-Outsider-Dimension" des protektionistischen Wirtschaftsnationalismus der 1960er-Jahre veranschaulichen, sei zudem die Aufmerksamkeit auf die „Pro-Insider-Dimension" gerichtet – also die Begünstigung einheimischer Übernahmen und Fusionen. In Sorge um die fortschreitende „Americanisation" (Maurice Edelman, Labour, Commons Hansard 06-12-1960, Sp. 1145) der britischen Industrie verfolgt die Labour-Regierung der späten 1960er mit Gründung der Industrial Reorganisation Corporation (I.R.C.) eine interventionistische Industriepolitik. Durch die Zusammenführung einheimischer Unternehmen sollen sogenannte „national champions" geschaffen werden, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten und damit weitere Auslandsübernahmen verhindern können.[11] So folgt etwa die von der I.R.C. unterstützte Fusion der British Motor Holding mit der Leyland Motor Corporation (später dann British Leyland) von 1968 in Reaktion auf die Übernahme großer Teile der Rootes Groupe – dem anderen großen britischen Automobilhersteller – durch Chrysler im Jahr 1967 (vgl. Church 1995: 89). In der Debatte zur Abschaffung der I.R.C. durch die konservative Regierung (1971) spricht sich Labour-MP Anthony Benn dementsprechend deutlich für ihr Weiterbestehen aus:

> [I]f Leyland and British Motors had not been brought together first in export co-operation, which I.R.C. worked on, and then in the merger in which I.R.C., the Ministry, and ourselves worked, there is little doubt that there would have been a major tragedy for the British-owned motor industry. (Anthony Benn, Labour, Commons Hansard 26-01-1971, S. 362f.)

Zu Beginn der 1980er-Jahre gewinnt das Thema Auslandsübernahme nach einem temporären Rückgang erneut an Relevanz. Ein Großteil des Protestdiskurses kreist dabei im Zuge der Privatisierungswelle der Thatcher-Ära um die potenzielle Möglichkeit ausländischer Übernahmen privatisierter Staatsunternehmen.[12] Lord Tanlaw fasst die

---

11 Dem Prinzip „big is beautiful" folgend, war die I.R.C. neben British Leyland auch in weitere bedeutende Fusionen involviert, etwa GEC, ICL und Swann-Hunter (vgl. Wilson 1995: 201).

12 Zu den thematisierten Unternehmen zählen der Rüstungs- und Luftfahrtkonzern British Aerospace, das Elektronikunternehmen Ferranti, der Pharmakonzern Radiochemical Centre Ltd., die British National Oil Corporation (später dann Britoil), die Munitionsfabriken Royal Ordnance Factories, die British Steel Corporation und der Automobilhersteller Jaguar.

diesbezügliche protektionistisch-nationalistische Argumentationsweise konzise zusammen: „[I]f 'privatisation' in the context of this Bill means 'foreignisation' – […] then we should oppose it" (Lord Tanlaw, Cross-Bencher, Commons Hansard 20-4-1982, Sp. 478). Immer wieder ruft die Labour-Opposition die Thatcher-Regierung dazu auf, im Zuge der Privatisierung Maßnahmen zu ergreifen, die betroffenen Staatsunternehmen vor ausländischer Kontrolle zu schützen (zum Beispiel: Edward Rowlands, Labour, Commons Hansard 10-02-1981, Sp. 756). Die protektionistische Argumentationsweise der Labour-Partei verdeutlicht, dass Wirtschaftsnationalismus als diskursive Strategie immer auch dazu dienen kann, anderweitige politische Positionen zu stützen – wie hier eben die Verteidigung von Staatsunternehmen. So konstatiert beispielsweise Robert Cryer im Kontext einer drohenden Auslandsübernahme des nichtstaatlichen Reifenherstellers Dunlop, dass „[p]ublic ownership actually protects" (Robert Cryer, Labour, Commons Hansard 10-02-1981, Sp. 780).[13]

Anstoß erregt in den 1980er-Jahren auch die wachsende Macht amerikanischer und japanischer Finanzkonglomerate. Auf Seite der Konservativen versucht vor allem Anthony Beaumont-Dark die Thatcher-Regierung davon zu überzeugen, den Einfluss ausländischer Finanzinstitutionen in der britischen City einzuschränken:

> The Government will have to decide what they mean by 'competition' and what they mean by 'British'. To say that we live in a free market and that anything goes … – as though we were talking about a rummage sale at Marks and Spencer's – ignores the fact that the future of the City cannot be decided on the basis that everything is up for sale. … If we allow the City and our institutions and banks to come under foreign influence, who runs whom? It is important that much of the City and this country remains under British ownership. (Anthony Beaumont-Dark, Conservative, Commons Hansard 16-07-1984, Sp. 73)

Diese protektionistische Position teilt Beaumont-Dark mit einer Reihe von Labour-Abgeordneten, wie etwa Bryan Gould, Austin Mitchel und Dr. Oonahg McDonald, die sich allesamt für den Schutz des britischen Finanzwesens aussprechen. Besonders McDonald äußert sich vehement gegen ausländische Übernahmen und erweitert die Forderung nach Protektionismus auch auf Unternehmen in der britischen Fertigungsindustrie:

> We would like to see British concerns – be they financial or manufacturing – remaining British and providing jobs and services in this country to the benefit of Britain. (Oonagh McDonald, Labour, Commons Hansard 19-02-1987, Sp. 1987)

Die öffentlichkeitswirksame Übernahme des traditionellen Süßwarenherstellers Rowntree durch den Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé provoziert ebenfalls starken partei-

13 Während der Großteil des Protests von der Labour-Partei ausgeht, spricht sich auch die konservative Regierung für den Schutz einiger weniger Unternehmen aus – primär dann, wenn es sich um Unternehmen handelt, die eine Verbindung zur Verteidigungsindustrie aufweisen. Zu den aufgrund ihrer verteidigungspolitischen Bedeutung als schützenswert empfundenen Firmen zählen etwa British Aerospace, die Radiochemical Central Ltd. und die Royal Ordnance Factories.

übergreifenden Protest, der sich wiederholt sowohl im Ober- als auch im Unterhaus entlädt. In einer der insgesamt fünf Debatten appelliert Bryan Gould an alle Abgeordneten

> to say, 'Enough is enough.' Some limits must be established to protect British industry where it needs that protection … It may be unfashionable, but we shall say loud and clear … that there is still an identifiable British interest, which must be sustained, protected and encouraged. (Gould Bryan, Labour, Commons Hansard 08-06-1988, Sp. 855)

Der spätere Premierminister Tony Blair gehört ebenfalls zu den Labour-Abgeordneten, die ihren Unmut über die Übernahme von Rowntree äußern. Ähnlich wie Gould richtet er seine Kritik nicht nur auf den einzelnen Übernahmefall, sondern generell auf das offene britische Übernahmeregime, das „foreign predators" geradezu anziehe (Tony Blair, Labour, Commons Hansard 08-06-1988, Sp. 892).

Auch Konservative schließen sich dem Protest an, wobei jedoch auffällt, dass die Mehrzahl der protestierenden konservativen Abgeordneten (etwa Sir Giles Shaw, Colonel Gregory, Michael Alison, John Townend) aus Wahlkreisen stammt, in denen Fertigungsanlagen beziehungsweise Unternehmensteile von Rowntree angesiedelt sind. Diese besonders in die Diskussion involvierten Abgeordneten betonen in erster Linie den regionalen Aspekt der Übernahme, also den möglichen Verlust von Arbeitsplätzen und damit den wirtschaftlichen Niedergang des englischen Nordens. Gregory bezeichnet den Verzicht auf Intervention gar als „regional assassination" (Colonel Gregory, Conservative, Commons Hansard 25-05-1988, Sp. 328). Im Gegensatz zum ansonsten die konservative Position dominierenden marktliberalen Narrativ vertreten die konservativen Abgeordneten aus den nördlichen Regionen ganz explizit die Orientierung am Stakeholder-Ansatz, indem sie zum einen immer wieder die Rolle Rowntrees als Arbeitgeber hervorheben und zum anderen die positive Verflechtung mit der lokalen Gemeinschaft in den Fokus rücken:

> Rowntree has always encouraged its managers to participate in local affairs, whether in chambers of commerce, enterprise agencies or local schools. It maintains local charitable donations which are an example to any company. … Many examples could be given of Rowntree's commitment and philanthropy to the local community. (Colonel Gregory, Conservative, Commons Hansard 08-06-1988, Sp. 866)

Diese Form des „ökonomischen Regionalismus", die Clift und Woll gemeinsam mit ökonomischem Nationalismus unter den Sammelbegriff des „ökonomischen Patriotismus" fassen (vgl. Clift/Woll 2012: 315), verdeutlicht das Spannungsverhältnis zwischen einer marktliberalen politischen Positionierung und der Verpflichtung gegenüber dem territorial begrenzten Wählerkreis. Entgegen der sonstigen liberalen parteipolitischen Orientierung wird hier Protektionismus gefordert, sobald die eigene Wählerschaft betroffen ist. Selbst in vornehmlich marktliberalen Milieus – wie es die konservative Partei der 1980er-Jahre sicherlich darstellt – ist die protektionistische Form von Wirtschaftsnationalismus also durchaus anzutreffen.

Im Vergleich zum Protestdiskurs der 1950/60er-Jahre ist nationalistische Rhetorik in den 1980er-Jahren aber schwächer ausgeprägt. Explizite Appelle an patriotische Gefühle oder der Vorwurf des mangelnden Patriotismus sind in den 1980er-Jahren zwar nicht vollständig aus dem Protestdiskurs verschwunden, wie Diskussionsbeiträge von Labour-MPs Crowther und Smith zeigen[14]. Allerdings sind solche Aufrufe seitens der protestierenden Abgeordneten in den 1980er-Jahren selten, und stilistische Mittel wie etwa Imperialismusvergleiche bleiben weitgehend aus. Vielmehr dominieren die auch in den 1960er-Jahren schon vorgetragenen „sachlichen" Argumente den Protestdiskurs – wie etwa der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen, Souveränitätseinbußen durch den Verkauf strategisch, militärisch und ökonomisch wichtiger Unternehmen in zentralen Industriezweigen wie etwa Öl- und Automobilindustrie oder die mangelnde Fairness[15] auf dem Übernahmemarkt.

Seit den 1990ern schwächt der Protest gegen die ausländische Kontrolle britischer Unternehmen auch inhaltlich immer mehr ab. Anfang des neuen Jahrtausends ist er kaum noch präsent, obwohl in diesen Jahren eine Vielzahl britischer Unternehmen durch ausländische Investoren übernommen wird.[16]

Die im Vergleich zu den 1960er- oder 1980er-Jahren veränderte diskursive Rahmung gründet zu einem nicht unwesentlichen Teil im Einstellungswandel der Labour-Partei, der sich besonders eindrücklich in der Debatte zur Übernahme der Londoner Börse offenbart. Im Unterschied zur Diskussion um das britische Finanzwesen in den 1980er-Jahren betonen Vertreter beider großer Parteien 2006, dass sie im Fall der London Stock Exchange – einer bedeutsamen City-Institution – „have no interest in, or concern about, the nationality of the … ownership" (Helen Goodman, Labour, Commons Hansard 28-11-2006, Sp. 1013).

> [I]t is pleasing that we have a consensus between the major parties that focusing on ownership is a mistake. Indeed, the City has done well out of Wimbledonisation, whereby we provide the venue and the rest of the world provides the players, and that is to be welcomed.
> (David Gauke, Conservative, Commons Hansard 28-11-2006, Sp. 1014)[17]

---

14 „When one scratches the so-called patriots on the Government Benches one finds that just below the Union Jack there is a hand outstretched to grab the quickest profits that can be found" (John Smith, Labour, Commons Hansard 12-11-1985, Sp. 475; siehe auch Stan Crowther, Labour, Commons Hansard 17-05-1988, Sp. 885).

15 Angesichts der fortschreitenden europäischen Integration entwickelt sich das Argument der mangelnden Reziprozität zu einem wiederkehrenden Thema im Parlament. Abgeordnete wie John Butterfill fordern die Regierung daher auf, an einer EU-weiten Harmonisierung zu arbeiten („a level playing field"; vgl. John Butterfill, Conservative, Commons Hansard 07-12-1988, Sp. 143).

16 Unter anderem: RWE (D) übernimmt Thames Waters (2001, 4,8 Mill.), E.on (D) übernimmt Powergen (2002, 9,6 Mill.) Telefónica (E) übernimmt O2 (2005, 18 Mill.), Tata Steel (In) übernimmt Corus (2006, 4,3 Mill.), Ports World (Dubai) übernimmt P&O (2006, 3,9 Mill.), KRR (USA) übernimmt Alliance Boots (2007, 11,1 Mill.), Ferrovial (E) übernimmt BAA (2007, 10 Mill.), Akzo Nobel (N) übernimmt ICI (2008, 8 Mill.) Tata (In) übernimmt Jaguar und Land Rover (2008, 2,3/1,5 Mill.; vgl. The Telegraph Online, 21. Oktober 2009).

17 Siehe auch Andrew Love, Lab/Co-op, Commons Hansard 28-11-2006, Sp. 1018; Kerry McCarty, Labour, Commons Hansard 28-11-2006, Sp. 1001; Ed Balls, Labour, Commons Hansard 29-11-2006, Sp. 1006

Mit der weitgehenden Akzeptanz ausländischer Übernahmen hat auch die Idee der Shareholder-Souveränität eine die großen Parteien umfassende diskursive Hegemonie erreicht. Während Labour-Abgeordnete in den 1960er- und 1980er-Jahren die Regierung immer wieder auffordern, die Übernahme britischer Unternehmen zu erschweren und damit „nationale Verantwortung" für die gefährdeten Unternehmen zu übernehmen, betont Ed Balls nun – wie es über den gesamten restlichen Zeitraum der politischen Auseinandersetzung nur von konservativen Abgeordneten geäußert wurde –, dass die Entscheidung zur Übernahme nicht der Politik obliege:

> So the Government do not have and will not express any views about the commercial merits of the proposed NASDAQ takeover. It is for the current owners of the shares to decide whether to accept or reject the offer. (Ed Balls, Labour, Commons Hansard 29-11-2006, Sp. 989)

Parlamentarischer Protest gegen die ausländische Übernahme eines britischen Unternehmens äußert sich erst wieder 2010 mit der feindlichen Übernahme des Süßwarenherstellers Cadbury durch den amerikanischen Kraft-Konzern. Auch hier protestieren vorwiegend Abgeordnete aus direkt betroffenen Wahlkreisen. Allerdings konzentriert sich der Protest nicht, wie etwa noch im Fall der Rowntree-Übernahme, auf die ausländische Herkunft des Bieters. Stattdessen richtet er sich primär gegen die Involvierung kurzfristig orientierter institutioneller Investoren. Beispielsweise bemerkt Lynne Jones, dass es gar nicht der US-amerikanische Kraft-Konzern sei, „that has made a quick buck, but fly-by-night investors. It is deeply disappointing that the Cadbury board capitulated to the pressure from those hedge funds and other shareholders, …" (Lynne Jones, Labour, Commons Hansard 26-01-2010, Sp. 783). Dementsprechend kritisiert Jones vor allem die zunehmend dominante Idee der Shareholder-Souveränität (Lynne Jones, Labour, Commons Hansard 26-01-2010, Sp. 783).

Vertreter der Labour-Regierung greifen die von den Hinterbänklern vorgetragene Kritik aber kaum auf. Finanzsekretär Ian Lucas nimmt die Interventionsaufforderung zwar würdigend zur Kenntnis, weist sie dann jedoch mit den gleichen Argumenten zurück, die das liberale Narrativ der konservativen Regierung in den 1960er- und den 1980er-Jahren kennzeichnen. Zum einen sieht er staatliche Eingriffe nur dann gerechtfertigt, wenn durch die Übernahme eine Monopolsituation entstünde; zweitens verweist er auf die Souveränität der Anteilseigner; und drittens betont er den Nutzen von Investitionen aus dem Ausland sowie die Gefahr protektionistischer Wirtschaftspolitik für die Investitionsmöglichkeit britischer Unternehmen im Ausland (Ian Lucas, Labour, Commons Hansard 26-01-2010, Sp. 787,788). Zugesagt werden lediglich Maßnahmen zur Förderung längerfristigen Denkens seitens der institutionellen Anleger. Allerdings betont Lucas auch hier noch einmal, dass dadurch ausländische Investoren nicht abgeschreckt werden sollen, denn „[t]he concern is not about who owns a company, but about the nature of that ownership" (Ian Lucas, Labour, Commons Hansard 26-01-2010, Sp. 790). Die von Lucas angeführten Gründe für das Ausbleiben staatlicher Intervention unterstreichen damit die Dominanz des marktliberalen Paradigmas im herrschenden Regierungsdiskurs auch nach der Finanzkrise.

Liberaler Wirtschaftsnationalismus im Diskurs um ausländische Übernahmen

Dem protektionistisch-nationalistischen Protestdiskurs steht ein Regierungsdiskurs gegenüber, der das offene Übernahmeregime explizit im Sinne des nationalen Wohls befürwortet und hier im Anschluss an Helleiner (2002) und Helleiner/Pickel (2005) als liberaler Wirtschaftsnationalismus bezeichnet wird.

Der von Helleiner als eine der Hauptmotivationen für liberalen Wirtschaftsnationalismus beschriebene „free trade imperialism" – also die Aufrechterhaltung und Steigerung der wirtschaftlichen Macht der Nation durch die Förderung des freien Marktes (vgl. Helleiner 2005: 224) – offenbart sich besonders eindrücklich in folgendem Beitrag zur Rowentree-Debatte von Wirtschaftsminister Lord Young:

> Far from the United Kingdom being open to European predators, in the first four months of this year we made 70 bids for European companies … Wherever one looks around the world, one finds that almost a third empire[18] in terms of British overseas investment is beginning. Therefore, it behoves anyone in my position to tread very carefully indeed before we start putting up artificial barriers. (Lord Young of Graffam, Lords Hansard 25-05-1988, Sp. 899)

Instrumentelle Argumente für Marktoffenheit, wie der Verweis auf die Wahrscheinlichkeit, dass andere Länder auf Protektionismus mit Vergeltungsschlägen reagieren und so den britischen Freihandelsimperialismus gefährden könnten, sind weit verbreitet. So warnt auch der konservative Earl of Mansfield die Parlamentarier im House of Lords:

> Do noble Lords opposite really believe that non-EEC countries would sit back quietly while their citizens were prevented from, as it were, buying shares in the United Kingdom company and continue to let the United Kingdom residents and companies buy shares in their companies? We would be inviting retaliatory action … (Earl of Mansfield, Conservative, Lords Hansard 04-05-1982, Sp. 1089)

Unabhängig von Reziprozitätserwägungen werden Auslandsübernahmen aber auch als Gut an sich dargestellt. Die Betonung ihrer vorteilhaften Konsequenzen für den Wohlstand der Nation prägt, wie auch schon Jones (1980), Sudgen (1980) und Capie et al. (2005) festellen, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg den Regierungsdiskurs (zum Beispiel Kenneth Clarke, Conservative, Commons Hansard 25-05-1988 oder Sp. 334, Ian Lucas, Labour, Commons Hansard 26-01.2010, Sp. 788). Anstelle des negativ konnotierten Begriffs „takeover" fällt vorzugsweise der positiv konnotierte Begriff „inward investment". Beispielsweise äußert sich der spätere konservative Innen- und Arbeitsminister Robert Carr im Jahr 1960 zu den Vorteilen ausländischer Investitionen wie folgt:

> [I]t is not sufficient to look abroad and say that this country restricts foreign investment in this way or another country restricts it in another way. Those countries are in an entirely different

18 Das erste „British Empire" beruhte auf der Eroberung amerikanischer Kolonien und afrikanischem Sklavenhandel, während sich das zweite hauptsächlich auf die Ausdehnung der Herrschaft in Ost-Asien stützte.

> position to Britain. Both British investment abroad and the receipt of foreign investment in this country is of vital interest to our future prosperity. (Robert Carr, Conservative, Commons Hansard 21-11-1960, Sp. 852)

Die Offenheit gegenüber ausländischen Übernahmen wird dabei häufig mit der Aufrechterhaltung und Stärkung der nationalen Wettbewerbsposition begründet. Im Vorfeld des seit 1992 wirksamen Single European Acts geht es auch und vor allem um den Wettbewerb mit anderen EG-Ländern:

> It is an inevitable consequence – and, in my opinion, a desirable one – of 1992 that there will be an increase in the flow of inward investment into this country. Indeed, we shall be competing for the largest possible share of that inward investment with the other 11 Community members. (Kenneth Clarke, Conservative, Commons Hansard 10-05-1988, Sp. 154)

Im gleichen Sinne argumentiert eine Arbeitsgruppe des zum Thema Auslandsübernahmen gespaltenen Arbeitgeberverbandes CBI in einem internen Memorandum:

> [T]o the extent that overseas companies are prepared to finance production capacity in the UK and Continental competitors handicap themselves by restricting their ownership structure, so much the better. (CBI Memorandum „Contested Takeovers, the International Dimension", February 22, 1989)

Auch der von Frank Trentmann (vgl. Trentmann 1998: 231) für das 19. Jahrhundert beschriebene Nationalstolz auf liberale Werte – etwa der Assoziation von Freiheit, freiem Austausch und nationalem Fortschritt mit der britischen Nationalidentität und der Abgrenzung gegenüber „degenerierten" Kulturen – spiegelt sich in den Diskussionen um Auslandsübernahmen.[19] In der Debatte um eine EU-weite Übernahmerichtlinie Ende der 1980er-Jahre nimmt er geradezu missionarische Züge an. So spricht Lord Young von der Pflicht, „[to] carry the flame of free markets to the Continent before its industry disintegrates from the malaise which Britain experienced in the 1970s" (The Guardian, 5. Dezember 1989). John Redwood, Minister für Firmenangelegenheiten (Corporate Affairs) sieht den Zeitpunkt gekommen, „to remove unnecessary barriers to takeovers and extend the benefits of open and efficient markets throughout the Community" (The Guardian, 25. November 1989). Ian Stuart hofft, dass andere Länder, „encouraged by our example, will open up their markets … Other countries may discover, in the same way as we have discovered, that that action will create a thriving market, which is of great advantage …" (Ian Stuart, Conservative, Commons Hansard 19-02-1987, Sp. 1107).

---

19 Allerdings muss hier angemerkt werden, dass der Stolz auf liberale Werte als Indikator für Nationalismus problematisch ist, da er die Unterscheidung zwischen Wirtschaftsnationalismus und Wirtschaftsliberalismus erschwert. So präsentieren sich Young, Redwood und Stuart diskursiv zwar in der Tat als stolze Fackelträger des Fortschritts. Gleichzeitig verweisen sie aber zur Legitimierung ihrer politischen Forderungen auf das Wohl der Missionierten und eben nicht auf das der eigenen Nation. Inwieweit auch hinter liberaler Politik nationalistische Motivationen und Zielsetzungen stehen, ist somit teilweise Auslegungssache. Ähnlich unscharf verläuft die Grenze im nachfolgend beschriebenen protektionistischen Wirtschaftsliberalismus, der trotz explizit marktorientierter Legitimationsgrundlage teils auch nationalistische Züge trägt.

Protektionistischer Wirtschaftsliberalismus im Diskurs um ausländische Übernahmen

Quasi spiegelbildlich zum liberal-nationalistischen Diskursstrang können liberale Motive auch der Rechtfertigung von Protektionismus dienen. Im Gegensatz zum liberalen Wirtschaftsnationalismus, der ausländische Übernahmen befürwortet und staatliche Eingriffe ablehnt, sind mit protektionistischem Wirtschaftsliberalismus Positionen assoziiert, die sich durchaus für Intervention aussprechen. Allerdings steht hinter solchen Forderungen – anders als im protektionistisch-nationalistischen Protestdiskurs – eine marktschaffende Argumentationsweise.

Ein Beispiel sind Reziprozitätsargumente, die britische Marktzugangsbeschränkungen als Druckmittel zum langfristigen Zweck einer internationalen Marktöffnung darstellen. Im Gegensatz zu den oben beschriebenen liberal-nationalistischen Reziprozitätsargumenten *gegen* staatliches Eingreifen verweisen protektionistisch-wirtschaftsliberale Argumente auf mangelnde Reziprozität, um Protektionismus zu rechtfertigen.

In der Debatte zur Neuformulierung der Reziprozitätsklausel[20] im Finanzsektor können einige Beiträge der klassisch-protektionistischen Form von Wirtschaftsnationalismus zugeordnet werden, da der Erhalt britischer Kontrolle als Endzweck der geforderten Maßnahmen angegeben wird. So beschwert sich die Labour-Abgeordnete Oonagh McDonald, dass die Klausel nicht ausreiche „to ensure that British banks remain British" (Oonagh McDonald, Labour, Commons Hansard 19-02-1987, Sp. 1987).

Die konservative Regierung bedient sich aber einer anderen, protektionistisch-liberalen Argumentationsweise. Obwohl die neue Reziprozitätsklausel der Regierung die Möglichkeit zur Intervention in ausländische Übernahmen eröffnet, weisen konservative Abgeordnete den Protektionismusvorwurf aus den eigenen Reihen weit von sich. Dem marktschaffenden Narrativ folgend verteidigen sie die Klausel als Mittel zum langfristigen Zweck einer weiteren Liberalisierung transnationaler Übernahmen:

> The fundamental point about reciprocity that I should like to emphasize is that the provisions of the Financial Services Act and of this Bill are designed to open up markets overseas, not to put up the shutters around London. (Ian Stewart, Conservative, Commons Hansard 19-02-1987, Sp. 1108)

> At the moment, by putting reciprocity in it, we are going a long way to removing protectionism. (Tim Yeo, Conservative, Commons Hansard 19-02-1987, Sp. 1103)

20 „The new clause would allow the Treasury to direct the Bank of England to object on reciprocity grounds to the acquisition of controlling shareholdings in British banks before that takes place and if necessary to block voting rights on the shares or to require divestment. These provisions could apply if the potential shareholder's country of origin does not allow British financial institutions equivalent access to its markets" (Ian Stewart, Conservative, Commons Hansard 19-02-1987, Sp. 1086).

Im Fall der feindlichen Übernahme von Rowntree durch Nestlé werfen die Wortführer protektionistisch-wirtschaftsliberaler Reziprozitätsargumente der Thatcher-Regierung vor, mit der unterlassenen Intervention eine bedeutende Möglichkeit zur weiteren Liberalisierung der Übernahmeregulation in anderen Ländern wie der Schweiz verpasst zu haben:

> Referral of the Nestlé bid to the Monopolies and Mergers Commission … would have sent a very clear signal to the Swiss authorities that the protectionist regimes of the public quoted companies in Switzerland are not acceptable. It is a lost opportunity to create the pressure needed to even out the ground rules. (John Greenway, Conservative, Commons Hansard 25-05-1988, Sp. 494)

Bedauert wird, dass „[t]he Government have not … exacted a penalty for that waywardness by closing the doors on Nestle until the Swiss open their doors to us" (Michael Alison, Conservative, Commons Hansard 25-05-1988, Sp. 497).

Ein zweites Beispiel für protektionistischen Wirtschaftsliberalismus bieten marktschaffende Argumente zur Rechtfertigung von Maßnahmen gegen die Übernahme britischer Firmen durch ausländische Staatsunternehmen. Derartige Maßnahmen begründen konservative Abgeordnete in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren als

> entirely proper concern for fair competition and the need to avoid nationalization by the back door …The British people have no more liking for imported socialism than they have for the home-grown variety. (Michael Neubert, Conservative, Commons Hansard 03-07-1991, Sp. 309)

Angesichts der drohenden Verstaatlichung durch die Hintertür verkündet dann auch die Regierung mit der sogenannten „Lilley-Doctrine", dass Übernahmen durch ausländische Staatsbetriebe fortan systematisch an die Untersuchungskommission für Übernahmen MMC übergeben würden (Law Society Gazette, 19. Juni 1991).

Gerüchte über eine Übernahme des britischen Erdgasunternehmens Centrica durch den russischen Staatskonzern Gazprom veranlassen zwar Premierminister Blair 2006, eine Intervention explizit auszuschließen (Financial Times, 26. April 2006). Protektionistisch-liberale Vorbehalte werden aber weiterhin, wenn auch vorsichtiger, geäußert, wie hier durch den Liberaldemokraten Vince Cable:

> There is no room for nationalism and protectionism in a modern economy. … [But there] must be question marks over whether companies such as Gazprom can be relied upon to desist from political interference. We shouldn't exclude them, but there must be rigorous checks by the Office of Fair Trading and the sector regulators to make sure there are no potential conflicts of interest. (The Guardian, 26. Juli 2007, S. 32)

Dass Cable sich veranlasst sieht, seinen Vorbehalt mit einem Grundsatzbekenntnis zum freien Markt einzuleiten, deutet darauf hin, dass Protektionismus selbst im Gewand der vorgeblich marktschaffenden Lilley-Doktrin im Großbritannien des 21. Jahrhunderts kaum noch salonfähig ist.

Drittens äußert sich protektionistischer Wirtschaftsliberalismus in dem Verweis auf die marktschaffende Funktion neuer legislativer Hürden im Kontext der drohenden Übernahme der Londoner Börse durch NASDAQ im Jahr 2006. Das betreffende Gesetz ist im Parlament nicht unumstritten und wird zum Beispiel von dem Liberalen Vincent Cable aufgrund seines protektionistischen Charakters infrage gestellt:

> One has to question the motives for establishing such a defensive mechanism. … Why would the British Government want to create a mechanism to make it easier to protect the insider interest in this case? (Vincent Cable, Liberal, Commons Hansard, 28-11-2006, Sp. 1008)

Wie in der Debatte zur Reziprozitätsklausel betonen die Befürworter des Gesetzes auch hier die Intention, der Einfuhr marktfeindlicher Regeln durch die Hintertür Vorschub zu leisten.[21]

> Yes, we are intervening. However, we are intervening and legislating not to impose regulation, but to avoid excessive regulation being imported into the UK. By outlawing the imposition of any rules that might endanger the proportionate and risk-based regulatory regime that underpins the City's success, I believe that we will help to ensure that London continues to be a magnet for international business and new listings from around the world. (Ed Balls, Labour, Commons Hansard 28-11-2006, Sp. 1007/8)

In den hier beschriebenen Beispielen für protektionistischen Wirtschaftsliberalismus offenbaren sich neue Beweggründe für den politischen Protest gegen ausländische Übernahmen. Während sich der Protestdiskurs in den 1950er- und 1960er-Jahren noch ganz deutlich durch offen protektionistische, patriotische Positionen auszeichnet, wird hier eben dann protestiert, wenn die ausländische Übernahme das Marktprinzip gefährdet. Es drängt sich zudem die – empirisch schwer nachweisbare – Vermutung auf, dass durch die fortschreitende Liberalisierung auch intendiert protektionistische Maßnahmen zunehmend mit Argumenten gerechtfertigt werden, die sich in das marktliberale Narrativ einordnen lassen, da offen protektionistischer Protest gegen ausländische Übernahmen in einer globalisierten Welt zunehmend an Legitimität verliert. Soweit zutreffend, unterstreicht dies die hegemoniale Stellung der marktliberalen Argumentation.

21 Es wird befürchtet, dass im Zuge einer Übernahme der London Stock Exchange durch NASDAQ die mit dem Sarbanes Oxley Act in den USA eingeführten Regulationen auf Unternehmen übertragen würden, die in London börsennotiert sind.

5 Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die parlamentarische Auseinandersetzung um ausländische Übernahmen in Großbritannien zwar einst kontroverser war, als die durchweg marktliberale Regierungspolitik nahelegt. Seit den 1950er-Jahren haben sich einschlägige Interventionsforderungen aber sowohl inhaltlich als auch bezüglich der Legitimationsgrundlage verändert.

Zur systematischen Erfassung der diskursiven Entwicklung wurden hier drei Argumentationsstränge unterschieden und in ihrem zeitlichen Verlauf betrachtet. Während *konservativer Wirtschaftsnationalismus* über die Zeit an Bedeutung verliert, ist *liberaler Wirtschaftsnationalismus* durchgehend präsent und in den 2000er-Jahren dominant. Quasi spiegelbildlich dazu werden protektionistische Maßnahmen zunehmend als Druckmittel zur langfristigen Ausweitung des Marktes legitimiert. Für diesen dritten Argumentationsstrang wurde hier der Begriff *protektionistischer Wirtschaftsliberalismus* eingeführt.

Indem wir liberalen Wirtschaftsnationalismus empirisch dokumentieren, zeigen wir in Fortführung von Helleiner/Pickel und Clift/Woll, dass marktschaffende Maßnahmen und nationalistische Motive auch im Zeitalter der Globalisierung diskursiv vereinbar sind. Liberaler Wirtschaftsnationalismus kann als diskursive Strategie gerade dazu beitragen, dass liberale Politik durchgesetzt oder beibehalten werden kann, da sie so stets an das nationale Wohl rückgebunden wird und entsprechend legitimiert ist. Der Abkopplung eines liberalisierten Marktes für Unternehmenskontrolle von seinem sozialen beziehungsweise nationalen Zweck – es könnte in Anlehnung an Karl Polanyi von einem „entbetteten" Markt gesprochen werden – kann so diskursiv entgegengearbeitet werden (Morgan 2012: 385).

Allerdings deutet die hier erstmals dokumentierte protektionistisch-liberale Argumentationsweise auf einen Wertewandel hin, dessen genauere Untersuchung lohnenswert scheint. Marktoffenheit, vormals lediglich als Mittel zur Erreichung nationaler Interessen legitimiert beziehungsweise angefochten, wird im protektionistischen Wirtschaftsliberalismus zum Selbstzweck, der keiner Rechtfertigung mehr bedarf. Ob sich hinter marktschaffenden Argumenten für Protektionismus nicht doch insgeheim vorrangig der Wunsch nach Protektionismus verbirgt, ist empirisch nicht auszuschließen. Zudem ist die Abkehr von nationalistischen Motiven auch im protektionistischen Wirtschaftsliberalismus nicht vollkommen. So schwingt in den betreffenden Debatten immer auch ein gewisser Nationalstolz auf das liberale britische Modell mit, das gegen Unterwanderung verteidigt werden muss und an dem sich andere Nationen ein Beispiel nehmen sollten. Allein die Tatsache jedoch, dass offen protektionistischer Protest gegen ausländische Übernahmen offenbar an Legitimität verloren hat, unterstreicht die zunehmend hegemoniale Stellung der marktliberalen Argumentation.

Die im vorliegenden Beitrag dokumentierte diskursive Entwicklung wirft die Frage auf, *warum* protektionistischer Wirtschaftsnationalismus im Zeitverlauf liberal-nationalis-

tischen und protektionistisch-liberalen Argumenten gewichen ist. Dazu kann an dieser Stelle nur angemerkt werden, dass die Auslegung des „national interest" Wandlungsprozessen unterworfen ist, die von übergeordneten historischen, materiellen und ideologischen Entwicklungen beeinflusst werden. Ökonomischer Nationalismus als Diskurs und Praxis gründet in der Definition von Helleiner/Pickel auf einer nationalen Motivation oder Identität. Da sich diese im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung einer Nation verändern kann, sind auch die Ergebnisse des Aushandlungsprozesses um das, was im nationalen Interesse politisch verfolgt werden soll, historisch variabel (siehe Hall 2010; Callaghan/Höpner 2012).

Als relevante Faktoren in Betracht kommen unter anderem die verblassende Erinnerung an vormals diskursprägende kollektive Erfahrungen wie etwa den Zweiten Weltkrieg, exogene Veränderungen materieller Interessen sowie der Wandel übergeordneter Ideen.

Materielle Interessenverschiebungen mit möglichem Erklärungspotenzial ergeben sich unter anderem aus veränderten Strukturen von Unternehmenseigentum (Callaghan 2009, 2012). Denkbar ist beispielsweise, dass wiederholte ausländische Übernahmen von Unternehmen, die ohnehin schon unter ausländischer Kontrolle stehen, als weniger problematisch angesehen werden. Auch der Zuwachs an inländischen, kurzfristig orientierten Investoren könnte lokale Loyalitäten schwächen, die – wie die Debatten zeigen – als maßgebliche Triebfeder des Protests wirken. So begründet etwa Labour-MP David Watts das Ausbleiben von Protest gegen die Übernahme von Pilkington im Jahr 2005 mit dem Hinweis, dass „large companies like Pilkington are mainly controlled by London-based investors anyway and therefore the local link isn't as strong as it might have been in the past" (Daily Post [Liverpool], 16. November 2005, S. 8, 9). Mit Zunahme des globalen Kapitalverkehrs könnten die Kosten potenzieller Racheaktionen (das heißt die Schließung ausländischer Übernahmemärkte für britische Investoren) gestiegen sein. Ferner kommt auch die wachsende Abhängigkeit Großbritanniens von der Wirtschaftsleistung des britischen Finanzsektors als interessenbasierte Erklärung in Betracht. Hatte die Wahrung des Finanzstandorts London schon immer einen hohen Stellenwert, wurde sie mit dem fortschreitenden Niedergang der britischen Fertigungsindustrie zunehmend alternativlos.

Auch der Wandel übergeordneter Ideen hat sicherlich zur oben dokumentierten diskursiven Entwicklung beigetragen. Die Auseinandersetzung um ausländische Übernahmen dreht sich oft um grundlegende Fragen nach dem Verhältnis von Staat und Markt: Gilt ein Unternehmen als nationales Gut, dessen Stakeholder – hier primär die Arbeitnehmer – vor ausländischer Kontrolle und damit potenziellen Arbeitsplatzverlusten geschützt werden müssen, oder stehen ökonomische Imperative wie etwa die Shareholder-Value-Maximierung im Vordergrund? Sollten nationale Regierungen Verantwortung für Unternehmen übernehmen und im Falle einer ausländischen Übernahme intervenieren? Oder liegt die Entscheidung im Sinne der Shareholder-Souveränität allein bei den Anteilseignern, die primär als Marktakteure handeln? In der parlamentarischen Auseinandersetzung der 2000er-Jahre manifestiert sich der Siegeszug der Annahme, dass „ge-

sellschaftliche und politische Interessen an der großen Kapitalgesellschaft illegitim sind, beziehungsweise am besten dann bedient werden, wenn … die Politik sich auf die Herstellung und Gewährleistung von Märkten und Freiheitsräumen für nutzenmaximierendes rationales Handeln von Anteilseignern beschränkt" (Streeck/Höpner 2003: 14f.).

Änderungen in der strategischen Ausrichtung der Parteien – teilweise in Reaktion auf die oben genannten materiellen und ideellen Entwicklungen – sind ebenfalls erklärungsrelevant. Beispielsweise ist anzunehmen, dass Labours zunehmend europafreundliche Grundeinstellung sowie die Abkehr der Alternative Economic Strategy in den späten 1980er-Jahren auch die Parteiposition zu Auslandsübernahmen beeinflusst hat.

Mittels systematischer quantitativer und/oder qualitativer Diskursanalyse ließe sich unsere Beobachtung eines graduellen Wertewandels weiter fundieren. Denkbar wäre beispielsweise ein korpusanalytisches statistisch-quantifizierendes Verfahren zur lexikalischen Untersuchung der Häufigkeit und Verteilung von Wort- und Aussageformen und deren Wandel im zeitlichen Verlauf (vgl. Keller 2011: 24). Auf der Wortebene könnte dazu die Verteilung der Begriffe „foreign takeover" und „foreign investment", auf der Bildebene die Verteilung bestimmter Metaphern (zum Beispiel „predator") Aufschluss über sich wandelnde Einstellungen geben. Zur Verknüpfung von quantitativer und qualitativer Textanalyse böte sich eine Rahmenanalyse an, wie sie Gamson für die Untersuchung von Diskussionsprozessen in den Printmedien vorgeschlagen hat (zum Beispiel Gamson/Modigliani 1989) und die sich besonders zur Analyse von Themenkarrieren in öffentlichen Diskursen eignet (vgl. Keller 2011: 40). Auch Verfahren der „critical discourse analysis" (CDA; vgl. etwa Fairclough 1995), die linguistische mit ideologie-, gesellschafts- und sprachkritischen Problemstellungen verbindet, sind anwendbar (vgl. Keller 2011: 27). Dabei würde der Fokus der Untersuchung auf dem Produktionsprozess der Debatten – also den sie umgebenden sozialen Bedingungen, Ideologien und Machtbeziehungen – liegen. Lohnenswert wäre beispielsweise die Analyse der Debatten hinsichtlich strategischen Sprachgebrauchs zur Einbettung von liberaler Politik in nationalistische Rhetorik. Die Einbeziehung von Machtstrukturen in die Analyse der Textproduktion könnte das Verhältnis von Shareholdern und Stakeholdern und dessen Wandel im zeitlichen Verlauf des Diskurses stärker in den Fokus rücken.

Zur weiteren Vertiefung der hier vorgestellten Erkenntnisse empfiehlt sich eine Ausweitung der Untersuchung auf andere Länder und andere Medien. Die im vorliegenden Beitrag gewählte Vorgehensweise lässt sich nur eingeschränkt übertragen, weil das verfügbare Korpus an Parlamentsdebatten andernorts wesentlich kleiner ist – in Deutschland, Frankreich und Japan aufgrund der geringeren Zahl feindlicher Auslandsübernahmen; in den USA, weil dort die Regelung von Unternehmensübernahmen den Bundesstaaten überlassen ist. Eine mögliche Alternative zu Parlamentsdebatten bietet die Analyse von Zeitungsberichten.

Die Mühe lohnt, wenngleich Kausalbeziehungen zwischen Diskurs und Praxis empirisch schwer messbar sind und sicher in beide Richtungen gehen. Jenen Lesern, die Worte als Schall und Rauch oder *cheap talk* betrachten, bieten der oben dokumentierte zeitliche Wandel und die aufgezeigten Möglichkeiten des Ländervergleichs Anregungen für materialistisch orientierte Erklärungsansätze. Aus der Perspektive konstruktivistischer Ansätze ist darüber hinaus der Wandel an sich schon bedeutungsvoll, weil sich mit dem marktliberalen Diskurs eine legitimatorische, konstitutive und transformative Kraft entfaltet, die zur fortschreitenden Akzeptanz von Märkten als Steuerungsorganen beiträgt.

Literatur

Callaghan, Helen, 2009: Insiders, Outsiders, and the Politics of Corporate Governance: How Ownership Structure Shapes Party Positions in Britain, Germany, and France. In: *Comparative Political Studies* 42, 733–762.

——, 2012: *Economic Nationalism, Network-based Coordination, and the Market for Corporate Control: Motives for Political Resistance to Foreign Takeovers.* MPIfG Discussion Paper 12/10. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

——, 2013: *Who Cares about Financialization? Explaining the Decline in Political Salience of Active Markets for Corporate Control.* MPIfG Discussion Paper 13/4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Callaghan, Helen/Martin Höpner, 2012: Changing Ideas: Organized Capitalism and the German Left. In: *West European Politics* 35, 551–573.

Capie, Forrest/Geoffrey Wood/Frank Sensenbrenner, 2005: Attitudes to Foreign Direct Investment in the United Kingdom. In: Harry Huizinga/Lars Jonung (Hg.), *Internationalisation of Asset Ownership in Europe.* Cambridge: Cambridge University Press, 278–307.

Clift, Ben/Cornelia Woll, 2012: Economic Patriotism: Reinventing Control over Open Markets. In: *Journal of European Public Policy* 19, 307–323.

Cooke, Terence E., 1988: *International Mergers and Acquisitions.* Oxford: Blackwell.

Crane, George T., 1998: Economic Nationalism: Bringing the Nation Back In. In: *Millenium – Journal of International Studies* 27, 55–75.

Deutschmann, Christoph, 2008: *Kapitalistische Dynamik: Eine gesellschaftstheoretische Perspektive.* Wiesbaden: VS Verlag.

Fairclough, Norman, 2000: *New Labour, New Language?* London: Routledge.

——, 1995: *Critical Discourse Analysis: The Critical Study of Language.* London: Longman.

Froud, Julie, et al., 2012: Stories and Interests in Finance: Agendas of Governance before and after the Financial Crisis. In: *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 25, 35–59.

Gamson, William A./Andre Modigliani, 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. In: *American Journal of Sociology* 95, 1–37.

Hall, Peter, 2010: *Politics as a Process Structured in Space and Time.* Konferenzbeitrag. APSA 2010 Annual Meeting, Washington, DC, 2.–5. September 2010.

Hall, Stuart, 1988: *The Hard Road to Renewal: Thatcherism and the Crisis of the Left.* London: Verso.

Halsall, Robert, 2008: Intercultural Mergers and Acquisitions as 'Legitimacy Crises' of Models of Capitalism: A UK–German Case Study. In: *Organization* 15, 787–809.

Hay, Colin, 2001: The Crisis of Keynesianism and the Rise of Neoliberalism in Britain: An Ideational Institutionalist Approach. In: John Campbell/Ove Pederson (Hg.), *The Rise of Neoliberalism and Institutional Analysis.* Princeton: Princeton University Press.

Helleiner, Eric, 2002: Economic Nationalism as a Challenge to Economic Liberalism? Lessons from the 19th Century. In: *International Studies Quarterly* 46, 307–329.

——, 2005: Conclusion: The Meaning and Contemporary Significance of Economic Nationalism. In: Eric Helleiner/Andreas Pickel (Hg.), *Economic Nationalism in a Globalizing World.* Ithaca: Cornell University Press, 220–234.

Helleiner, Eric/Andreas Pickel (Hg.), 2005: *Economic Nationalism in a Globalizing World.* Ithaca: Cornell University Press.

Hirst, Paul/Grahame Thompson, 2000: Globalization in One Country? The Peculiarities of the British. In: *Economy and Society* 29, 335–356.

Hoare, Anthony G., 1991: Making the News: Spatial and Non-Spatial Biases in British Parliamentary Reports of the Rowntree-Mackintosh Takeover. In: *Geografiska Annaler. Series B, Human Geography* 73, 95–109.

Jackson, Gregory/Hideaki Miyajima, 2008: A Comparison of Mergers and Acquisitions in Japan, Europe and the United States. In: Roger Strange/Gregory Jackson (Hg.), *Corporate Governance and International Business: Strategy, Performance and Institutional Change.* Basingstoke: Palgrave MacMillan, 186–207.

Jones, Geoffrey, 1990: The British Government and Foreign Multinationals before 1970. In: Martin Chick (Hg.), *Governments, Industries and Markets: Aspects of Government-Industry Relations in the UK, Japan, West Germany, and the USA since 1945.* Aldershot: Elgar, 194–214.

Keller, Reiner, 2011: *Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen.* Wiesbaden: VS Verlag.

Kutter, Amelie, 2013: Totgesagte leben länger: Die Fortschreibung ökonomischer Ordnung in Krisenlektionen der deutschen Finanzpresse. In: Jens Maeße (Hg.), *Ökonomie, Diskurs, Regierung: Interdisziplinäre Perspektiven.* Wiesbaden: VS Verlag, 95–120.

Morgan, Glenn, 2012: Supporting the City: Economic Patriotism in Financial Markets. In: *Journal of European Public Policy* 19, 373–387.

Phillips, Louse, 1998: Hegemony and Political Discourse: The Lasting Impact of Thatcherism. In: *Sociology* 32, 847–867.

Pickel, Andreas, 2005: Introduction: False Opposition. In: Eric Helleiner/Andreas Pickel (Hg.), *Economic Nationalism.* New York, 1–20.

Schmidt, Vivien A., 2001: The Politics of Economic Adjustment in France and Britain: When Does Discourse Matter? In: *Journal of European Public Policy* 8, 247–264.

Shulman, Stephen, 2000: Nationalist Sources of International Economic Integration. In: *International Studies Quarterly* 44, 365–390.

Streeck, Wolfgang, 2009: *Re-Forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.

Streeck, Wolfgang/Martin Höpner (Hg.), 2003: *Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG*. Frankfurt a.M.: Campus.

Sugden, Roger, 1990: The Warm Welcome for Foreign-Owned Transnationals from Recent British Governments. In: Martin Chick (Hg.), *Governments, Industries and Markets: Aspects of Government-Industry Relations in the UK, Japan, West Germany, and the USA since 1945*. Aldershot: Elgar, 215–224.

Trentmann, Frank, 1998: Political Culture and Political Economy: Interest, Ideology and Free Trade. In: *Review of International Political Economy* 5, 217–251.

van Marrewijk, Charles/Gus Garita, 2008: *Countries of a Feather Flock Together.* Tinbergen Institute Discussion Papers No. 08-067/2. Rotterdam: Tinbergen Institute Rotterdam.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 13/13
I. Rademacher
Tax Competition in the Eurozone: Capital Mobility, Agglomeration, and the Small Country Disadvantage

DP 13/12
O. Malets
The Effectiveness of Transnational Non-state Governance: The Role of Domestic Regulations and Compliance Assessment in Practice

DP 13/11
R. Mayntz
Financial Market Regulation in the Shadow of the Sovereign Debt Crisis

DP 13/10
A. Madariaga
Mechanisms of Institutional Continuity in Neoliberal „Success Stories": Developmental Regimes in Chile and Estonia

DP 13/9
M. Lutter
Is There a Closure Penalty? Cohesive Network Structures, Diversity, and Gender Inequalities in Career Advancement

DP 13/8
S. Schiller-Merkens
Framing Moral Markets: The Cultural Legacy of Social Movements in an Emerging Market Category

DP 13/7
W. Streeck
The Politics of Public Debt: Neoliberalism, Capitalist Development, and the Restructuring of the State

DP 13/6
F. Boldizzoni
On History and Policy: Time in the Age of Neoliberalism

DP 13/5
M. Höpner
Die Verschiedenheit der europäischen Lohnregime und ihr Beitrag zur Eurokrise: Warum der Euro nicht zum heterogenen Unterbau der Eurozone passt

DP 13/4
H. Callaghan
Who Cares about Financialization? Explaining the Decline in Political Salience of Active Markets for Corporate Control

DP 13/3
M. Markantonatou
Diagnosis, Treatment, and Effects of the Crisis in Greece: A "Special Case" or a "Test Case"?

DP 13/2
R. Mayntz
Erkennen, was die Welt zusammenhält: Die Finanzmarktkrise als Herausforderung für die soziologische Systemtheorie

MPIfG Books

D. Akyel
Die Ökonomisierung der Pietät: Der Wandel des Bestattungsmarkts in Deutschland
Campus, 2013

J. Beckert
Erben in der Leistungsgesellschaft
Campus, 2013

L. Dobusch, P. Mader, S. Quack (eds.)
Governance across Borders: Transnational Fields and Transversal Themes
epubli GmbH, 2013

U. Dolata
The Transformative Capacity of New Technologies: A Theory of Sociotechnical Change
Routledge, 2013

A. Schäfer, W. Streeck (eds.)
Politics in the Age of Austerity
Polity Press, 2013

D. Seikel
Der Kampf um öffentlich-rechtliche Banken: Wie die Europäische Kommission Liberalisierung durchsetzt
Campus, 2013

W. Streeck
Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus
Suhrkamp, 2013

T. ten Brink
Chinas Kapitalismus: Entstehung, Verlauf, Paradoxien
Campus, 2013

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers
Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books
At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de
Go to *Publications*.

New Titles
Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA
MPIfG Discussion Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA),* which offers full-text search options: http://eiop.or.at/erpa.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historische, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT